

Klaus Schlichte

Herrschaft, Widerstand und die Regierung der Welt.

Zur historischen Soziologie internationalisierter Politik

Unter Rückgriff auf einen älteren Vorschlag aus der Disziplin plädiert dieser Beitrag für eine historisch-dialektische Perspektive zur Theoretisierung des Widerstands. An vier historischen Skizzen zum frühneuzeitlichen Staat, zur kolonialen Herrschaft, zum organisierten Kolonialismus und zu postkolonialer Herrschaft wird die These entfaltet, dass Widerstand und »Befreiung« offenbar nicht das Ende der Herrschaft, sondern vielmehr ihre Vermehrung bewirkt haben. Das Ausgreifen dieser Regierung und ihr widersprüchlicher Gang werden erkennbar, wenn nicht nur Institutionen, sondern auch soziale Trägerschichten der Herrschaft und sich wandelnde Subjektformen in den Blick genommen werden.

1. Befremdungen¹

»Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft« – unter diesem Titel erschienen vor vierzig Jahren die Tagungsbeiträge der Sektion Internationale Politik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) (Gantzel 1975a). Während der Ausdruck Widerstand in der gegenwärtigen politischen Sprache voll etabliert ist, wirkt der Ausdruck Befreiung heute eigenartig, fast fremd, jedenfalls antiquiert. Für dieses Befremden lassen sich unterschiedliche Erklärungen anführen. Zum einen hat das heutige meinungspolitische Klima in der Disziplin nur wenig mit dem von 1975 gemein. Dominierten damals kritisch-historische Arbeiten, so ist die Disziplin in Deutschland gegenwartsbezogen, in ihr herrscht das liberale Paradigma mit seinen Kernbegriffen Kooperation, Integration und *governance* vor. Der Begriff der Befreiung scheint einer vergangenen Epoche anzugehören.

Eine andere Erklärung würde stärker auf realpolitische Veränderungen abstellen. Befreiungsbewegungen errangen 1975 noch Siege, so in Mosambik und Angola, kurz zuvor in Vietnam. Zahlreiche andere, in Nicaragua ebenso wie in El Salvador, versprachen noch bessere Verhältnisse herzustellen und genossen große Sympathien in der globalen Linken. Fast vierzig Jahre später hat sich eine Ernüchterung über die Möglichkeiten von Befreiung durchgesetzt. Ihre Effekte hielten sich in Grenzen. Eine Umkehr der massiven sozialen Ungleichheit wurde in Lateinamerika trotz unbestreitbarer Demokratisierungserfolge nicht erreicht. Die ehemaligen Befreiungsbewegungen in Angola, Mosambik oder Vietnam betreiben heute Projekte der

1 Der Autor dankt Teresa Koloma Beck, Alex Veit und den GutachterInnen der ZIB für ihre Kommentare zu früheren Versionen des Textes.

Liberalisierung. Ihr leitendes Personal nutzt seine politischen Positionen für die Aneignung ökonomischer Chancen.

Aus liberaler Sicht würde die Geschichte der Zeit nach 1975 dennoch als eine Geschichte des Fortschritts erzählt werden. Der Bedeutungsverlust des Staates wäre demnach als Freiheitsgewinn zu interpretieren, und die große Evidenz, auf die man dazu verweisen könnte, wäre das Ende des »real existierenden Sozialismus«, das Abklingen der politischen Repression vom Osten und Südosten Europas bis nach Zentralasien. Für mindestens einen Teil der Weltbevölkerung könnte auf große Wohlstandsgewinne verwiesen werden, auf technologische Fortschritte, auf erleichterte Kommunikation über Grenzen hinweg sowie schließlich auf die Stärkung einer globalen Öffentlichkeit und eines globalen moralischen Bewusstseins. Politische Utopien hätten nur zu autoritären Formen geführt, sodass im liberalen Paradigma Politik nur noch als *governance* gedacht wird, als möglichst effiziente »Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen«, deren Zweck »die Produktion kollektiver Güter« sei.

In diesem Beitrag soll auf der Grundlage von vier historischen Skizzen dieser liberalen Interpretation widersprochen werden. Auch wenn der emphatische Begriff der Befreiung heute zu Recht Misstrauen erweckt – Herrschaft und Widerstand, so soll in diesem längeren historischen Blick gezeigt werden, sind Kategorien, die an Geltung und analytischer Kraft deshalb nichts verloren haben, weil die Geschichte ebenso wie die Gegenwart internationaler Politik von Ungleichzeitigkeiten und Widersprüchen durchzogen sind, die eine euphorische liberale Interpretation überdecken. Der Beitrag plädiert für eine stärkere Berücksichtigung der historischen Perspektive, insbesondere der Globalgeschichte (vgl. z. B. Conrad et al. 2007). Denn damit lässt sich fruchtbar an die historisch-kritische Perspektive anknüpfen, an die ältere Tradition innerhalb der Internationalen Beziehungen, der es wesentlich war, die »historisch-strukturelle Dimension gesellschaftlicher Tatbestände« zu bedenken und in der Analyse die »Merkmale historisch-dialektisch gewachsener, dynamischer Herrschafts- und Gewaltverhältnisse« (Gantzel 1975b: 9) auszumachen.

Der relative Vorteil dieser Perspektive liegt darin, dass die Einsicht in die Gewordenheit der Verhältnisse zugleich ihre relative Kontingenz offenlegt und ein Bewusstsein dafür schafft, dass das was ist auch anders sein könnte. Die Auseinandersetzung mit den vergangenen Phasen und Konstellationen staatlicher und internationaler Herrschaft erlaubt es zum einen, durch diachrone Vergleiche die Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche der Gegenwart besser zu erkennen. Die Rekonstruktion der Geschichte internationaler Beziehungen ist zum anderen keine glatte Erzählung vergangener und damit irrelevant gewordener Episoden. Wie in diesem Beitrag nur angedeutet werden kann, wirkt die Geschichte internationaler und internationalisierter Politik in der Gegenwart fort.² Die vergangenen Konflikte haben Institutionen und Mentalitäten hinterlassen, die die neuen Konflikte strukturieren. Die Gegenwart ist ein Ergebnis historischer »Zeitschichten« (Koselleck 2000: 246), von Überlagerungen und Schichtungen, von Erwartungen und Utopien,

2 Zu diesem Argument der Gegenwart der Geschichte vgl. Lüthy (1987) und Cooper (2002).

von »vergangener Zukunft« (Koselleck 1979). Die Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche der Gegenwart sind ohne den Rekurs auf ihre historische Entwicklung nicht verstehbar.

Mit diesem Beitrag können nur vorläufige Skizzen der Geschichte von Herrschaft und Widerstand in der Weltgesellschaft umrissen werden. Drei zentrale Thesen sollen die Hauptaussagen zusammenfassen: *Erstens*: Die Dialektik von Herrschaft und Widerstand zeigt, wie stark Formen des Regierens seit langem internationalisiert sind. Diese Regierung der Welt ist keine kohärente Weltregierung, die als eine kohärente Politik aus einer Hand, oder auch nur aus einem Guss, durch eine zentralisierte Agentur vorzustellen wäre. Der Ausdruck »Regierung der Welt« soll nur besagen, dass die institutionellen Arrangements schon lange, seit der kolonialen Schließung der Welt, ein Ensemble von teils gleichgerichteten, teils widersprüchlichen institutionalisierten Praktiken sind. Anders als im liberalen Paradigma, das die Institutionenwelt der internationalen Politik als das Ergebnis von Verhandlungen und der Diffusion von Normen auffasst, lässt die historisch-kritische Rekonstruktion erkennen, dass die Regierung der Welt als Ergebnis einer konfliktiven Geschichte von Herrschaftsansprüchen und Widerstand aufgefasst werden muss, in der politische Gewalt eine konstitutive Rolle spielte und auch heute noch spielt. Das Ergebnis dieser konfliktiven Geschichte ist eine Internationalisierung von Vorstellungen, Institutionen und Praktiken des Regierens, die die Redeweise von einer Regierung der Welt, einer »globalen Gouvernamentalität« (Kerner 2013) erlauben.

Zweitens: Die Globalisierung des Regierens trägt große Ungleichzeitigkeiten mit sich. Universalistische Ansprüche von politischen Haltungen, in nationale Erzählungen gerahmte historische Erfahrungen, lokale Machtverhältnisse und Ambitionen globaler Modernisierung von Recht, Politik und Ökonomie stehen zueinander in Verhältnissen äußerer Gegensätze. In der Entwicklung der Regierung der Welt lassen sich bei allen Brüchen und Exzessen langfristige Wandlungen erkennen, die auf die Gleichzeitigkeit ungleichzeitiger Vorstellungen hinauslaufen. Nur auf den ersten Blick überwiegen allerdings die Konvergenzen, wie die Verstaatlichung der Welt, die Verknüpfungen des Weltmarktes, die Standards und der kommunikative Zusammenschluss. Wie in früheren Zeiten treffen diese Tendenzen der Modernisierung aber zum einen auf reformulierte traditionale Reste, und zum anderen ist diese Modernisierung selbst von Widersprüchen durchzogen.

Drittens: Das Verhältnis von Herrschaft und Befreiung ist selbst dialektisch und produktiv. Beide stehen sich nur zeitweise als Gegensätze gegenüber, denn bisher ist noch aus jeder Befreiung wiederum selbst Herrschaft geworden. Die Gegenbewegungen scheinen nicht zu weniger, sondern zu mehr Regeln zu führen. In der Gegenwart zeigt sich dies in hochbürokratischen Politikformen. Die Internationalisierung von Politik ist zugleich Bürokratisierung. Sie ist ähnlich wie der Staat aus der Sicht Bourdieus (2012) so tief in unsere Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster eingesenkt, dass es schwierig wird, sie als Herrschaftsform in ihren Verzweigungen überhaupt zu erkennen und zu thematisieren. Aber die Regierung der Welt hat dennoch nicht zu einer Stillstellung der Konfliktivität globaler und lokaler Politik geführt, sondern in den Beziehungen zwischen staatlichen Akteuren, gegen die-

se und zwischen gesellschaftlichen Akteuren setzen sich die Konflikte über unterschiedliche Geltungsansprüche fort.

Diese Thesen werden im Folgenden an vier historischen Skizzen entfaltet. Die Regierung der Welt in ihrer heutigen Gestalt ist demnach vor allem ein Produkt der europäischen Expansion (vgl. Reinhard 1983-1990). Zwar gab es auch vorher, und nicht nur in Europa, universale Vorstellungen politischer Herrschaft, nämlich faktisch immer da, wo Reiche entstehen und sich Macht in ihnen zentriert. Das Spezifische der Regierung jedoch ist ihre Zeitlichkeit. Alte Universalismen waren statisch oder chiliastisch. Der modernen Regierung dagegen ist eine lineare, in die Zukunft erstreckte Gerichtetheit eigen. Sie thematisiert Vergangenes selten und nur zur Legitimation, sie diagnostiziert die Gegenwart und sie entwirft eine Zukunft. Sie lebt von ihren Projektionen und über diese legitimiert sie sich. Das lenkt den Blick auf die Zeitlichkeit, die Projektionen der Moderne, zu der die Regierung der Welt gehört. Die folgenden vier Skizzen sollen zeigen, wie sich diese Vorstellungen herausgebildet und ausgebreitet haben.³

2. Vier Skizzen von Herrschaft und Befreiung

Die folgenden vier Skizzen stellen vier verzeitlichte Vorstellungen von Regieren vor, die sich historisch ausgebreitet haben. Die Kernaussagen dieser Skizzen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Im frühneuzeitlichen Staat Europas entsteht eine Grundlage späterer Herrschaftsformen. Neben der Monopolisierung der Gewalt im absolutistischen Staat bilden sich hier auch entsprechende Subjektformen heraus, die zugleich für das bürgerliche Freiheitsverständnis prägend werden. In der zweiten Skizze werden dagegen Formen kolonialer Herrschaft umrissen, die sich langsam dynamisieren. Das Projekt kolonialer Herrschaft mündet in die Vorstellung der Notwendigkeit einer »Entwicklung«, die über das Ende des formellen Kolonialismus bis in die Gegenwart hinein Geltung behalten sollte. Die dritte Skizze behandelt den organisierten Kapitalismus. Er beruht auf zwei »Befreiungsbewegungen«, zum einen auf den bürgerlichen Revolutionen, die den absolutistischen Staat im Verlauf des »langen« 19. Jahrhunderts vergesellschafteten, und zum anderen auf der Aneignung dieses bürgerlichen Staates durch die Arbeiterbewegung. Das Resultat dieser »Befreiungen« ist jedoch eine noch stärkere Strukturierung des gesellschaftlichen Raumes durch staatliche Regulierung. Die vierte Skizze schließlich umreißt die Dialektik von Herrschaft und Befreiung im postkolonialen Afrika. Der »Befreiung« durch die Dekolonisation stehen hier neue Herrschaftsfigurationen im postkolonialen Staat gegenüber. Für diese Figurationen sind das verzeitlichte Projekt der »Entwicklung«, aber auch die Personalisierung politischer Macht und eine neue Internationalisierung politischer Herrschaft unter Beteiligung internationaler Organisationen charakteristisch. Hier werden die Überlagerung von regierenden

3 Weitere Vektoren der Ausbreitung sind nicht nur denkbar, sondern anzunehmen. Die hier vorgelegten Skizzen spiegeln deshalb nur einen Arbeitsstand wider.

Agenturen und die Ungleichzeitigkeiten von Legitimitätsformen als Merkmale internationalisierter Herrschaft besonders auffällig.

Diese aufeinanderfolgenden Vorstellungen des Regierens sind also selbst Teil von Globalisierungsprozessen, wie sie sich in unterschiedlichen Entwicklungsphasen des sich verdichtenden Weltsystems entwickelt haben. Sie sind aber auch insofern Teil der Globalisierung, als sie über ihre Ursprungskontexte hinaus angeeignet und politisch genutzt wurden. Die folgenden vier Skizzen wurden ausgewählt, weil sich auf diesen Feldern am besten zeigen lässt, welche Vorstellungen sich über die Dialektik von Herrschaft und Befreiung global verbreitet haben. Gestützt auf diese Leistungen der globalgeschichtlichen Forschung soll hier gezeigt werden, dass sich der konfliktive Prozess der Durchsetzung neuer und erweiterter Herrschaftsansprüche nicht nur in institutionellen Ordnungen niederschlägt. Diese hat die Politikwissenschaft traditionell im Blick. Doch diese neuen Herrschaftsordnungen, wie auch schon aus Max Webers, Norbert Elias' und Michel Foucaults Arbeiten erkennbar wurde (vgl. Schlichte 2012), gingen zugleich mit Veränderungen von Subjekttypen einher, ohne die die Gouvernamentalitäten unvollständig erfasst wären.

2.1 Ruhm, Land, Gewissen – die Regierung des frühneuzeitlichen Europa

Die Entstehung des sogenannten absolutistischen Staates ist ein altes Thema der historisch denkenden Sozialwissenschaften, fast alle Theorieschulen haben hier jeweilige ReferenzautorInnen. Im Zentrum der meisten Betrachtungen steht die Zentralisierung der Gewaltmittel in der Hand der Könige bzw. die Entstehung solcher zentralisierten Königsherrschaft. Es war nicht das Vertragswerk von Münster und Osnabrück, das den souveränen Staat gründete (Osiander 2001). Es war vielmehr der gewaltsame Prozess der Monopolisierung von Gewaltgebrauch und Steuererhebung, von Norbert Elias (1988) in seiner Vielschichtigkeit erfasst, der die Struktur eines internationalen Systems hervorbrachte. Die Form politischer Herrschaft, die sich im Europa der Frühen Neuzeit herausbildet, wird aber in ihrer Eigenart erst wirklich verständlich, wenn man die Argumente und Beobachtungen Foucaults und Elias' verbindet: Es ist nicht nur die »Pastoralmacht« der merkantilistischen Regierung, sondern es ist, wie die Mentalitätsgeschichte und die historische Anthropologie gezeigt haben, auch die Disziplinierung der Individuen, die Veränderung ihrer Gemüter, die Teil dieser Herrschaftsbildung ist (vgl. Castan et al. 1991; van Dülmen 2001: 84-88). Der Ruhm des Königs, die Verfügungsgewalt über Land als Ressource der Lehensmacht und die Propagierung des Gewissens sind deshalb »Merkmale historisch-dialektisch gewachsener, dynamischer Herrschafts- und Gewaltverhältnisse«, um die Gantzelsche Formel noch einmal aufzugreifen.

Man dürfte Mühe haben, die Monopolisierung von Gewaltgebrauch und Abgabenerhebung als »Befreiung« aufzufassen. Denn den Gewinnen von zentralen und sich schnell bürokratisierenden Instanzen stehen Autonomieverluste feudaler Herren und bürgerlicher Schichten gegenüber. HistorikerInnen wie Heide Gerstenberger (1990) und Benno Teschke (2003) haben die konfliktive Genese und die Neuar-

tigkeit der hier entstehenden Herrschaftsformen betont. Nach Gerstenberger ist es die »subjektlose Gewalt«, die sich in dieser Formation ausprägt – es geht darin nicht nur um die Aneignung von Land und die Aufteilung von Ressourcen, sondern es verändert sich etwas Grundsätzliches im Verhältnis der beteiligten Menschen zueinander: Verhaltensformen werden neu aufeinander eingestellt, die sozialen Beziehungen verändern sich. Der entstehende Staat ist daher eine grundsätzlich andere Figuration als die feudalen Bande, die durch Lehen immer nur vorübergehend gehalten wurde und personal gebunden blieb. Der Prozess der Staatsbildung ist gleichwohl verbunden mit der Entstehung des Besitzindividualismus an der zentralen Ressource des Bodens, mit der Territorialisierung und der Herausbildung eines Feldes der »internationalen Beziehungen« (Teschke 2003).

Offenbar hat die Idee der Befreiung des Individuums ihren Ursprung in der gleichen Zeit. Der Protestantismus, »die Fahne des freien Geistes« (Hegel [1842] 1986: 496), will die »Befreiung« des Einzelnen. Die Christianisierung der Landbevölkerung wiederholt sich gleichsam ein weiteres Mal, und diesmal ist es die theoretisch geleitete Praxis der Schaffung und Erzeugung einer in den Gemütern zu verankern moralischen Prüfinstanz. Die Geburt des Gewissens, wie Heinz Dieter Kittsteiner (1991) gezeigt hat, fällt in diese Epoche. Die Regierung ist fortan auch Technik des Selbst (vgl. Reckwitz/Schlichte 2013). Man könnte dies die Produktion des protestantischen Subjekts nennen, eine Gestalt, die uns bis heute begleitet oder aber uns so selbstverständlich ist, dass wir sie nur schwer erkennen können. In der Aufklärung, im Subjekt, das den Mut hat, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, findet dieses protestantische Selbst seine philosophische Gestalt. Diese Subjektform wird, wie Elias und Foucault betonen, zum Pendant der Form staatlicher Herrschaft. Damit ist der Grundstein gelegt für eine Verstaatlichung der Gemüter, die sich bis heute fortsetzt. Die Formierung des sich autonom wählenden Subjekts, das *assujétissement*, ist Foucault zufolge eben zugleich eine Unterwerfung.

Im Ergebnis zeigt sich bei allen Unterschieden eine begrenzte Isomorphie europäischer Staaten mit ihren monopolisierten Machtmitteln, dem Anspruch uneingeschränkter Souveränität auf einem abgrenzbaren Gebiet, dem Territorium, den sich herausbildenden Bürokratien und dem Projekt, die »Bevölkerung« zu leiten (vgl. Foucault 2004: 479-519). Was sich mit dem frühneuzeitlichen Staat aber ebenso herausbildet, ist eine Formsprache der Beziehungen zwischen den souveränen Staaten, eine Symbolsprache und eine Norm, die bis heute wirksam sind. Das ist »*la gloire*«, der Ruhm, als zentrale Bezugsgröße herrschenden Handelns (Krippendorff 2000). Nicht der Reichtum an sich, nicht das Wohlwollen der Bevölkerung oder die Zahl der Bündnispartner dirigieren als Normen die frühneuzeitlichen Staatshäupter, sondern der Ruhm, der Glanz, die Geltung der monarchischen Ansprüche. Das Prestige des Staates, das sich in der Person verkörpert, wird zu einer eigenlogischen Figur. Auch sie globalisiert sich. Mit der Herausbildung des absolutistischen Staates und seiner neuen territorialen Verwaltung entsteht also eine neue Figuration, die zugleich zur Voraussetzung der nachfolgenden Veränderungen wird. Denn hier entstehen die Machtzentralen, auf die sich politischer Widerstand in den bürgerlichen

Revolutionen ausrichten kann. Grundlage für die Entstehung dieses Bürgertums ist schließlich auch die merkantilistische Wirtschaftspolitik des Absolutismus.

2.2 *Vom Raub zur Entwicklung – die Regierung der kolonialen Räume*

In der Geschichte des Kolonialismus lassen sich trotz aller regionalen Unterschiede und Unterschiede in den Formen und Praktiken der Kolonialmächte wie auch in den sozialen Verhältnissen, auf die sie trafen, Gemeinsamkeiten in der Regierung feststellen. Hier lassen sich idealtypisch vier Herrschaftstypen unterscheiden: Der Raub- und Plünderungskolonialismus als erste, noch gewaltzentrierte Form; der Handelskolonialismus, der bereits institutionalisierend wirkt; der Siedlerkolonialismus, mit besonders konflikthafter Dynamik; und schließlich der Entwicklungskolonialismus des 20. Jahrhunderts (vgl. Osterhammel 2001).

In der Anfangsphase des europäischen Kolonialismus scheint allerdings zunächst gar keine Regierung – kein absichtsvoll Gesellschaft gestaltendes Projekt der Herrschaft – erkennbar zu sein. Die *Conquista* Mittelamerikas ist zu Beginn nichts Anderes als beutekapitalistische Organisation (Bergmann 1993: 216), in der das Regierungsprojekt nur in der Aneignung von Raum und Ressourcen sowie der Unterwerfung von Menschen bestand (vgl. Reinhard 1985).

Dieser Kolonialismus ist zunächst nur die Expansion der absolutistischen Organisation, in der das Territorium zur Pfründe der Herrschaft wird. Schon der iberische Kolonialismus ist mit der Handlungslogik des frühneuzeitlichen Staates verbunden – die Größe des Reiches ist Zeichen des Ruhms, des Glanzes, des Prestiges. Dem dient auch der erpresste Reichtum. Noch ist diese Regierung statisch. Ihr Wachstum ist bloß expansiv, es geht um Fläche und einige wenige Ressourcen. Die frühe koloniale Herrschaft ist in diesem Sinne vormodern.

Mit dem Handelskolonialismus ändert sich dies bereits. Die Entstehung von Plantagenwirtschaften ebenso wie die davor liegende Errichtung des Faktoreisystems zeigen, wenn nicht eine Dynamisierung, so doch eine Verfestigung der kolonialen Regierung an. Der Handel wird auf Dauer gestellt, eine Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels ist aber noch nicht Teil der handelskolonialistischen Herrschaft. Das Projekt ist hier der verfestigte Austausch, die Etablierung dauerhafter Produktion, getrieben vom banalen aber wirkmächtigen Erwerbsinteresse. Die Dynamisierung der Beziehungen zwischen Metropolen und Kolonien entsteht wohl eher durch den politischen Wettbewerb in Europa und die damit entstehenden Kriegslasten als aus konkurrierenden kapitalistischen Interessen. Die Rationalisierung der kolonialen Herrschaft Spaniens durch die Bourbonischen Reformen im 18. Jahrhundert ist schon ein transatlantischer Zweig des europäischen Staatenwettbewerbs. Wie in Nordamerika ruft der erhöhte Abgabendruck Widerstand hervor. In beiden amerikanischen Teilkontinenten verselbständigen sich die Siedlerkolonien und befreien sich von den »Mutterländern« (Bernecker et al. 2007: 101). Gerade die Figuration der Siedlerkolonie wird auch in anderen Regionen besonders gewaltträchtig. Aus ihr resultieren »Befreiungskriege« in Algerien, in Kenia und im südli-

chen Afrika. Das Ergebnis dieses Widerstands aber wiederholt die Form: Auch die Republiken, die aus dem antikononialen Kampf hervorgehen, sind Staaten mit den Ansprüchen auf Territorialität und Souveränität.

Die Herrschaftssoziologie des Kolonialismus erschöpft sich jedoch nicht in staatlicher Politik und Zwangswirtschaft. Die Soziologie afrikanischer Dekolonisationsbewegungen verweist in zweierlei Hinsicht auf Mission und Kirche, ein in den auf staatliche Politik fixierten Internationalen Beziehungen immer noch übersehener Strang transnationaler politischen Formation und Mobilisierung. Einerseits wurden die Missionsschulen zu Vektoren des Widerstands. In ihnen formierte sich die lokale Elite der Kolonialherrschaft, die *évolués*, die zusammen mit streikenden Lohnarbeiterschichten den Kolonialstaat schließlich erfolgreich herausforderten (Cooper 2002: Kap. 2). Andererseits wurde die Missionstätigkeit der westeuropäischen Kirchen ein dynamisierendes Moment der Regierung. Ganz in Analogie zur Formierung des protestantischen Subjekts stieß sich die Mission an der mangelhaften Passung der vorgefundenen Menschen zu ihrem Ideal des Christenmenschen (vgl. Bayart 2004: Kap. 4). Die Mission wollte nicht bloß Import der Form, der Riten, der Lieder und der Kleider, sondern Zivilisation, die Umgestaltung der Subjekte zu sich selbst steuernden moralischen Instanzen (vgl. Bogner et al. 2004).

Je tiefer man in die Geschichte des Kolonialismus eintaucht, desto auffälliger werden die Analogien und Beziehungen zu den politischen Modellen, zu den Projekten und Praktiken der Regierung in den Metropolen. Am Thema der Entwicklung wird dies am deutlichsten erkennbar: Die koloniale Regierung ist lange Zeit nur merkantilistisch. Dann wird sie zur modernen Wirtschaftspolitik. In der Zwischenkriegszeit hat der europäische Kolonialismus ein neues Projekt, nämlich über Infrastrukturmaßnahmen und Kampagnen die afrikanischen Gesellschaften zu mobilisieren (Cooper 2002: 91). Der Paternalismus wandelt sich nun insofern, als mit der Erfindung der Sozialpolitik auch die koloniale Regierung erweiterte Zielsetzungen erhält, wie Bildung und Gesundheit. Das sind Themen und Politiken, die sich im postkolonialen Raum als unmittelbar anschlussfähig erweisen sollten. In langer historischer Perspektive wird erkennbar, wie noch die »humanitäre Vernunft« (Fassin 2011) ihre geschichtlichen Wurzeln auch in der kolonialen Vorstellung von Regierung hat. Nicht nur über »Nation« und »Demokratie«, also Werte, die in den kolonialen Metropolen im 19. Jahrhundert zu zentralen Bezugspunkten des politischen Diskurses wurden, sondern auch über den Egalitarismus und die vorerst nur paternalistisch betriebene Sozialpolitik ergeben sich für den antikononialen Widerstand ab dem späten 19. Jahrhundert wirksame Argumente. Mit der Herausbildung einer lokalen kolonialen Verwaltung bildet sich zugleich eine Trägerschicht, die diesen Widerstand wirksam artikulieren und sich organisieren kann. Auch in der Geschichte des Kolonialismus lässt sich also eine Dialektik erkennen, in der die Reform der Herrschaft die Voraussetzungen für ihr eigenes Ende schafft.

2.3 Demokratie und Bürokratie – Regierung im organisierten Kapitalismus

Das Verhältnis von Herrschaft und Widerstand ist auch für die Geschichte der europäischen Staaten seit dem 19. Jahrhundert aufschlussreich: Offenbar erlebte der frühneuzeitliche Staat zwei wichtige Wandlungen, die Brüche, aber auch Kontinuitäten bedeuteten. Beide Wandlungen sind das Ergebnis von Widerständen, zunächst der bürgerlichen Opposition und dann der Arbeiterbewegung.

Die erste dieser Wandlungen ist die Ablösung des *ancien régime* durch das Bürgertum, der Prozess, den Norbert Elias die »Vergesellschaftung des Gewaltmonopols« genannt hat (Elias 1988, 2: 148). Auch hier gehen Formierung politischer Apparate und Formierung der Subjektformen miteinander einher. Bürgerliche Schichten in ganz Europa »befreien« sich mit den bürgerlichen Revolutionen vom absolutistischen Staat, den sie sich aneignen. Das Paradoxe dieser Aneignung ist, dass sich auch das Umgekehrte vollzieht: Der Staat, als das zentrale eigenlogische Projekt der Regierung, eignet sich auch die Bürger an. Der Vergesellschaftung des Staates entspricht aber die Verstaatlichung der Gesellschaft, denn im langen 19. Jahrhundert und dann noch einmal beschleunigt im 20. Jahrhundert wachsen die staatlichen Institutionen immer stärker in den sozialen Raum hinein und strukturieren ihn schließlich vollständig (vgl. Siegelberg 2000; Raphael 2000).

Die Herrschaftsbeziehungen verdichten sich, immer weiter reicht die Regierung in die Gemüter hinein. In dem Maße, in dem die Bürger dem Adel die Ämter im Staat entringen, werden die Maßstäbe des Staates, seine Titel und seine Maße, seine Grenzlinien und seine Forderungen zu internalisierten Denkmustern derer, die ihn sich doch unterordnen wollten. Das Ergebnis ist eine Beamtenschicht, die zum Träger staatlicher Herrschaft wird und eine besondere »Gehorsamshaltung« ausbildet (von Borch 1954: VII; vgl. auch Bourdieu 1998: 93).

Das Paradox der Öffnung des Staates und seiner Expansion wiederholt sich noch einmal mit der Aneignung des bürgerlichen Staates durch die Arbeiterbewegung. Das historische Ergebnis, der Sozialstaat, bedeutet bei allen Freiheiten, die sich in Produktivitäten, Arbeitszeiten und Lohnzuwächsen einstellen (vgl. Fourastié 1979), auch einen weiteren Kontrollschub der Regierung. Ihre Agenda wächst noch einmal an. Es geht nicht mehr nur um den Wettkampf von Nationen in Ruhm und Größe, wie noch im bürgerlichen Staat. Es geht auch um Gerechtigkeit, um Freiheit von Not und um die Frage der Organisation. Auch hier sind Subjektformationen zentral: Die »Fabrikation des zuverlässigen Menschen« (Treiber/Steiner 2005) verwandelt die »gefährlichen Klassen« über die Reform in zuverlässig arbeitende Klassen (Chevalier 1958). Der Sozialstaat des Fordismus mit all seinen Unterbehörden und Großanstalten ist dann die historisch am weitesten reichende Regierung, weil er nicht nur die Regierung der Subjekte, sondern seit der Zeit des organisierten Kapitalismus auch die Kontrolle des Kapitals beanspruchte (vgl. Höpner 2005).

Die Geschichte von Herrschaft zeigt also ein sich wiederholendes Muster von Widerstand und Aneignung: Aus jeder Forderung wurde eine neue Behörde, an deren Arbeit die ehemals Protestierenden fortan mitwirken. Die zahlenmäßige Erfassung der Vielzahl von depersonalisierten sozialen Beziehungen, wie sie sich in Ver-

sicherungen, Beschäftigungsverhältnissen, Steuer- und Wehrpflichten ausprägen, erfordert immer größere Apparate, die unüberwindbar erscheinen und den Angestellten als neues Subjekt hervorbringen (vgl. Mills 1956). Zusammengehalten wird diese Vielheit in den Köpfen durch generalisierte Vorstellungen, die selbst Produktion der Regierung sind. Bürohierarchien, Patriotismus und nationale Solidarität sind keine natürlichen Handlungsmuster von Menschen, sondern Vorstellungen, die durch die jetzt zunehmend national gedachte Regierung erzeugt und verallgemeinert werden.

Die Zeitlichkeit dieser Regierung besteht nun im Begriff der Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit. Dieser Begriff schließt, anders als der des Fortschritts, als Kernbegriff der bürgerlichen Regierung (Fourastié 1979: 186), ein distributives Element ein. Der Ausgleich der im modernen Kapitalismus unvermeidlich auftretenden Ungleichheiten wird zu einem weiteren Motor der Regierung. Die Gesellschaft selbst hat die Frage der Verteilung seitdem in Europa zur Frage der Regierung gemacht.

2.4 Vom Widerstand zur Herrschaft – das postkoloniale Afrika

Der Staat, die zentrale symbolische Form des modernen politischen Denkens, existiert als Regierung seit Langem auch außerhalb Europas und Nordamerikas. Nicht erst seit der kolonialen Erfahrung, aber durch diese beschleunigt, hat sich die Formidee des Staates global verallgemeinert (Migdal/Schlichte 2005). Die Dekolonisation hat daran gar nichts verändert, sondern ihre Trägerschichten waren selbst ein Vektor dieser Ausbreitung. »Every moment of resistance was shaped by the very structure of power against which it rebelled« – so charakterisiert Mahmood Mamdani (1996: 24) diese dialektische Beziehung. Auch in Afrika, Asien und Lateinamerika ist der Staat nicht das Gegenteil von Widerstand und Befreiung, sondern deren Resultat.

Der postkoloniale Raum hat eine Regierung, die nicht nur die äußeren Grenzen der Kolonialmächte übernimmt. Er eignet sich auch seine Institutionen an, von der Armee über die Polizei, vom Zoll zur Einkommensteuer, von der Schule bis zum Verbot zu betteln. Die heutigen FührerInnen der nachkolonialen Staaten haben die Regierungsideen von liberaler Ökonomie und des die Gesellschaft entwickelnden Staates vollständig verinnerlicht: Ugandas Präsident Yoweri Museveni verehrt Otto von Bismarck, Kasachstans Nursultan Nasarbajew zitiert Ludwig Erhard, und Ruanda setzt in Musterdörfern die Millenniumsziele um (vgl. Schlichte 2014).

Der postkoloniale Raum ist dem Ziel der Entwicklung als zentraler Regierungsidee nach wie vor verpflichtet (vgl. Ziai 2004). Wer in diesem Raum herrscht, ist weit weniger einfach zu sagen. Es sind wohl weniger die Regierungen, oder jedenfalls nicht diese allein. Bei aller Diskretionsmacht, die diese wegen ihres Insider Vorteils, ihren Stäben und ihren Nahbeziehungen haben, sind sie wie alle Regierenden auf eben diese Stäbe angewiesen und auf die Regierung des Selbst »ihrer« Bevölkerungen. Um diese nationalen Apparate aber legt sich ein Kranz von Agentu-

ren, die mit unterschiedlichen Quellen und in unterschiedlicher Größe an der Regierung beteiligt sind. Diese Internationalisierung von Herrschaft ist das eigentlich Neue der postkolonialen Konstellation (vgl. von Trotha 2000).

Ungleichzeitig wiederholen sich hier die Muster der frühneuzeitlichen Ordnung. Ruhm des leitenden Personals und Prestige des Staates haben sich ebenso erhalten wie der Anspruch auf ein Gewaltmonopol. Dass die Trennung von öffentlichen und privaten Verfügungen über Ressourcen weniger ausgeprägt ist, erinnert ebenso an althergebrachte Ordnungen wie die Vielzahl von quasifeudalen Strukturen auf dem Lande und der vorherrschende Patriarchalismus. Doch ebenso präsent sind die Insignien des bürgerlichen Staates: Verfassungen und Parlamente, staatliche Medien und fortschrittliche Entwicklungsagenden sind auch in postkolonialen Staaten keine Marginalien. Dass sie Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzung sind, belegt, wie stark sie appropriiert wurden.

Über diese Ungleichzeitigkeit legt sich im postkolonialen Raum eine weitere, die Gleichzeitigkeit personaler Herrschaft mit Elementen hochmoderner Verwaltung, der Expertise, die mit computergestützten Verfahren die Bevölkerung zu steuern sucht. Im Miteinander dieser *governance* sind Wissenschaft, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Regierungen und internationale Verwaltungen verkoppelt, ohne dass die Beziehungen kodifiziert wären. Zwar sind nationale Regierungsbehörden, internationale Organisationen und NGOs am Ziel der »Entwicklung« orientiert (vgl. Büschel/Speich 2009; Ferguson 1987). Doch in den Einsatzgebieten unterliegt das Engagement der intervenierenden Organisationen keiner demokratischen Kontrolle, sondern die postkoloniale Intervention ist selbstmandatiert und wenn überhaupt, dann nur lose koordiniert.

Ziel aller Beteiligten ist Regierung im Sinne der Lenkung der Bevölkerung, der Gestaltung der Gesellschaft durch Maßnahmen. In der entpolitisierten Sprache der *governance* heißt dies die »Herstellung öffentlicher Güter«. Diese Regierung setzt Individuen voraus, die sich wie bürgerliche Subjekte verhalten sollen. Der Fortschritt, die Gesundheit, die Bildung, die Entwicklung und auch die Demokratie – kurz die Realisierung aller »Erwartungsbegriffe«, von denen Reinhardt Koselleck (1979: 118) gesprochen hat, hängt an der Verwirklichung einer Subjektform, die sehr protestantisch gedacht wird. Der Widerstand dagegen ist bisher eher intellektuell geblieben: Der Orientalismus des Regierungsprojekts und sein nach wie vor paternalistischer Blick haben die Kritik durch die *Postcolonial Studies* hervorgerufen (vgl. Kerner 2012). Doch welche Subjektformen sich im postkolonialen Raum tatsächlich herausbilden und was sich darüber über die Trägerschichten und Funktionsweisen dieser internationalisierten Herrschaft und über den Widerstand dagegen sagen lässt, ist umstritten und empirisch noch weitgehend unerforscht (vgl. Bayart/Bertrand 2006).

3. Für eine Historisierung der internationalen Beziehungen

Die hier vorgestellten Skizzen konnten nur grob umreißen, was sich zu den vier Konstellationen der Regierung der Welt und ihren Zusammenhängen aus der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung sagen lässt. Was kann man aus diesen Skizzen zu der oben genannten Frage nach dem Verhältnis von Herrschaft und »Befreiung« ableiten?

Zunächst: Das Verhältnis von Herrschaft und Befreiung ist selbst dialektisch. Opposition führt zwar zu Wandel, aber auch zu Regulierung und Bürokratisierung. Aus Widerstand wird Regierung.⁴ Es wäre interessant der Frage nachzuspüren, ob es überhaupt wirkungslosen Widerstand gegeben hat. Entweder, so ließe sich vermuten, äußern sich die Wirkungen von Widerstand und Opposition in der Zunahme von Kontrolle und Repression. In vielen anderen Fällen reagiert die Regierungsseite auf neue politische Ansprüche. Wahrscheinlich ist die Reform die häufigste Antwort auf diese Art von Konflikten. Dann sind Gegenbewegungen darin erfolgreich, dass ihre Intentionen sich durchsetzen und zwar als Regelsetzung. Auch dies ist ein Mehr an Regierung.

Zweitens: Dieses Mehr an Regierung verweist auf Zusammenhänge historischer Art, die zumeist quer zu unseren Facheinteilungen liegen. Die Regierungsvorstellungen des Europa der Frühen Neuzeit sind in unseren Vorstellungen immer noch eingelagert. Die historische Betrachtung macht das erkennbar. Sie macht aber auch erkennbar, dass sich internationale Politik nicht getrennt von den politischen Modellen im Innenraum der handelnden Regierungsagenturen betrachten lassen. Die Ideen und Ideale der Regierung haben auch einen Einfluss auf die Gestalt und Ziele von Außenpolitik und damit internationaler Politik. In der Politikwissenschaft werden gemeinhin politische Konflikte auf unterschiedlichen Ebenen unterschieden. Doch nicht erst seit 1990, sondern wohl schon seit Jahrhunderten formieren sich solche Regierungsvorstellungen in transnationalen Räumen, über die wir noch ebenso wenig wissen wie über die damit zusammenhängenden Subjektformen. Die räumlichen Formen, in denen sich diese Vorstellungen und Subjektivierungen ausbreiten, lassen sich immer weniger auf lokale, regionale oder internationale Arenen reduzieren.

Drittens: Die durch die Arbeit der Geschichtswissenschaft zunehmend verfügbaren globalhistorischen Analysen zeigen, wie stark sich in der Gegenwart der internationalen Politik historische Schichten überlagern. Vor dem Hintergrund der hier in Skizzen mehr angedeuteten als untersuchten Dynamiken bleiben die historischen Tendenzen zweideutig. Dem Zugewinn an politischen Freiheiten stehen in den OECD-Gesellschaften eine Bürokratisierung der Politik und global eine wachsende Ungleichheit der Einkommen gegenüber (Milanovic 2011). Die Internationalisierung von Herrschaft, die auf ausgreifende soziale Interdependenzen zurückgeht,

4 Für eine eingehende Behandlung dieses Prozesses an einem Fall vgl. den Beitrag von Stephan Hensell in diesem Heft.

setzt sich politisch offenbar in immer mehr Regelsetzungen um, ohne dass dies zu wachsender sozialer Gerechtigkeit führen würde.

In diesem Beitrag wurde vorgeschlagen, die im Projekt der Moderne eingelagerten Regierungsvorstellungen zu entschlüsseln und durch den diachronen wie synchronen Vergleich besser zu verstehen, wie und wovon wir regiert werden. Offenbar sind dies nicht nur statische Systeme der Kontrolle und Regulierung, sondern auch die dynamisierenden Vorstellungen besserer Ordnung und selbst Projektionen der Befreiung.⁵ Doch gerade die Proliferation von internationalisierten regierenden Instanzen in den postkolonialen Räumen verweisen eher auf eine »Herrschaft des Niemand« (Arendt [1972] 2002: 51) als auf einen Prozess der Demokratisierung. Zwar mögen einzelstaatliche Maßnahmen an die Legitimation über Wahlen rückgekoppelt sein. Aber die Vielzahl und Vermitteltheit der Delegationen von Entscheidungen in Gremien und Versammlungen von Organisationen machen die Zurechnung von Verantwortlichkeiten unmöglich. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die jüngeren Tendenzen in der deutschen Wissenschaftspolitik nicht von denen der internationalen Entwicklungspolitik.

Doch welche Risiken verbergen sich dann in der Dynamik dieser Apparate? Wie stark sind die Selbstläufigkeiten der sich verschränkenden Regierungsagenturen? Gibt es Grenzen der Subjektivierung? Wo bilden sich heute die Bruchlinien, die jedes Projekt der Regierung bisher immer erzeugt hat? Dass wir die gegenwärtigen Dynamiken nur mit Mühe verstehen, liegt vielleicht auch daran, dass wir als WissenschaftlerInnen »im Staat« nicht genug Distanz zu den Dingen haben, die uns umgeben und von denen wir ein Teil sind.

Mit der hier vorgeschlagenen historisch-dialektischen Perspektive soll zugleich für die wissenschaftliche Beschäftigung mit internationaler Politik ein Weg vorgeschlagen werden, der Synthesen erlaubt, ohne lineare Erzählungen der »Modernisierung« zu reproduzieren, die die Brüche und Widersprüche der globalen Entwicklung verschweigen müssen. Stattdessen, so sollte hier gezeigt werden, käme es darauf an, die Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten zu erkennen, die der Konfliktivität internationaler Politik zugrunde liegen. Das verlangt von der Gelehrtenwelt der Internationalen Beziehungen, sich der Geschichtlichkeit ihres Gegenstands anzunehmen, wenn sie der Gegenwart nicht kritiklos gegenüberstehen will (vgl. Schlichte 2006).

5 So bestand auch das »Versprechen der Demokratie«, Leitthema des 25. Kongresses der DVPW, nicht bloß in der abstrakten Idee der Volksherrschaft, sondern in der Idee der Abschaffung von Fremdbestimmung. Es sind jedoch Zweifel angebracht, ob diese »Befreiungen« nur zu mehr Demokratie oder nicht auch zu engerer Kontrolle geführt haben.

Literatur

- Arendt, Hannah* [1972] 2002: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München.
- Bayart, Jean-François* 2004: *Le gouvernement du monde. Une critique politique de la globalisation*, Paris.
- Bayart, Jean-François/Bertrand, Romain* 2006: *What Colonial Legacy Are we Speaking of?*, in: http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/0901_Bayard-Bertrand-AN.pdf; 2.5.2013.
- Bergmann, Joachim* 1993: *Die Dynamik der Conquista*, in: Dipper, Christoph/Vogt, Martin (Hrsg.): *Entdeckungen und frühe Kolonisation*, Darmstadt, 211-240.
- Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Tobler, Hans Werner* 2007: *Eine kleine Geschichte Mexikos*, Frankfurt a. M.
- Bogner, Artur/Holtwick, Bernd/Tyrell, Hartmann* (Hrsg.) 2004: *Weltmission und religiöse Organisationen. Protestantische Missionsgesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert*, Würzburg.
- Bourdieu, Pierre* 2012: *Sur l'état. Cours au collège de France, 1989-1992*, Paris.
- Bourdieu, Pierre* 1998: *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt a. M.
- Büschel, Hubertus/Speich, Daniel* (Hrsg.) 2009: *Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit*, Frankfurt a. M.
- Castan, Yves/Lebrun, François/Chartier, Roger* 1991: *Figures der Modernität*, in: Ariès, Philippe/Duby, Georges (Hrsg.): *Geschichte des privaten Lebens*, Band 3, *Von der Renaissance zur Aufklärung*, Frankfurt a. M., 21-166.
- Chevalier, Louis* 1958: *Classes laborieuses et classes dangereuses à Paris pendant la première moitié du XIXe siècle*, Paris.
- Conrad, Sebastian/Eckert, Andreas/Freitag, Ulrike* (Hrsg.) 2007: *Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen*, Frankfurt a. M.
- Cooper, Frederick* 2002: *Africa Since 1940: The Past of the Present*, Cambridge.
- Elias, Norbert* 1988: *Über den Prozeß der Zivilisation*, 2 Bände, Frankfurt a. M.
- Fassin, Didier* 2011: *Humanitarian Reason: A Moral History of the Present*, Berkeley, CA.
- Ferguson, James* 1987: *The Anti-politics Machine: Development, Depoliticization and Bureaucratic Power in Lesotho*, Cambridge.
- Foucault, Michel* 2004: *Geschichte der Gouvernementalität I, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Frankfurt a. M.
- Fourastié, Jean* 1979: *Les trente glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris.
- Gantzel, Klaus Jürgen* (Hrsg.) 1975a: *Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Gantzel, Klaus Jürgen* 1975b: *Einführendes Vorwort*, in: ders. (Hrsg.): *Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft*, Frankfurt a. M., 9-22.
- Gerstenberger, Heide* 1990: *Die subjektlose Gewalt. Theorie zur Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich* [1842] 1986: *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Band 12, Frankfurt a. M.
- Hensell, Stephan* 2015: *Rebellion und Regierung. Legitimationsstrategien der Eliten im Kosovo*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 22: 1, 133-146.
- Höpner, Martin* 2005: *Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880-2002*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft* 45, 196-221.
- Kerner, Ina* 2012: *Postkoloniale Theorien zur Einführung*, Hamburg.
- Kerner, Ina* 2013: *Globale Gouvernementalität. Zur Interpretation transnationaler Politik und ihrer Effekte*, in: *Zeitschrift für Politische Theorie* 4: 1, 3-18.
- Kittsteiner, Heinz Dieter* 1991: *Die Entstehung des modernen Gewissens*, Frankfurt a. M.
- Koselleck, Reinhart* 1979: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M.

- Koselleck, Reinhart* 2000: Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt a. M.
- Krippendorff, Ekkehart* 2000: Die Erfindung der Außenpolitik, Frankfurt a. M.
- Lüthy, Herbert* 1987: In Gegenwart der Geschichte, Neuwied.
- Mamdani, Mahmood* 1996: Citizen and Subject. Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism, Princeton, NY.
- Migdal, Joel S./Schlichte, Klaus* 2005: Rethinking the State, in: Schlichte, Klaus (Hrsg.): The Dynamics of States: The Formation and Crises of State Domination Outside the OECD, Aldershot, 1-40.
- Milanovic, Branko* 2011: More or Less: Income Inequality has Risen Over the Past Quarter-century Instead of Falling as Expected, in: Finance and Development 48: 3, 6-11.
- Mills, C. Wright* 1951: White Collar: The American Middle Class, Oxford.
- Osiander, Andreas* 2001: Sovereignty, International Relations, and the Westphalian Myth, in: International Organization 55: 2, 251-287.
- Osterhammel, Jürgen* 2001: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, München.
- Raphael, Lutz* 2000: Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M.
- Reckwitz, Andreas/Schlichte, Klaus* 2013: Subjekttheorie und politische Herrschaft in der internationalen Politik, in: Stetter, Stephan (Hrsg.): Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der Internationalen Beziehungen, Leviathan, Sonderband 28, 107-124.
- Reinhard, Wolfgang* 1983-1990: Geschichte der europäischen Expansion, 4 Bände, Stuttgart.
- Reinhard, Wolfgang* 1985: Geschichte der europäischen Expansion, Band 2, Die Neue Welt, Stuttgart.
- Schlichte, Klaus* 2006: Ist Kritik noch möglich? Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft in den Internationalen Beziehungen, in: Hellmann, Gunther (Hrsg.): Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft. Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik, Baden-Baden, 283-306
- Schlichte, Klaus* 2012: Der Streit der Legitimitäten. Der Konflikt als Grund einer historischen Soziologie des Politischen, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 1: 1, 9-43.
- Schlichte, Klaus* 2015: Cubicle Land – Bürokratie, Regierung und Demokratie in der internationalen Politik, in: Martinsen, Renate (Hrsg.): Entgrenzung und Ordnungsbildung – Wandel von Demokratie, Wiesbaden.
- Siegelberg, Jens* 2000: Staat und internationales System. Ein strukturgeschichtlicher Überblick, in: Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, 11-57.
- Teschke, Benno* 2003: The Myth of 1648: Class, Geopolitics and the Making of Modern International Relations, London.
- Treiber, Hubert/Steinert, Heinz* 2005: Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die »Wahlverwandtschaft« von Kloster- und Fabrikdisziplin, Münster.
- van Dülmen, Richard* 2001: Historische Anthropologie. Entwicklung, Probleme, Aufgaben, Wien.
- von Borch, Herbert* 1954: Obrigkeit und Gehorsam. Zur politischen Soziologie des Beamten-tums, Tübingen.
- von Trotha, Trutz* 2000: Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit, in: Leviathan 28: 2, 253-279.
- Ziai, Aram* 2004: Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses, Hamburg.